

Michael Winkler

WAS WURDE AUS DER FÜRSORGE FÜR ARME KINDER?

ARME KINDER, KRANKE KINDER: HILFLOSE KINDER- UND JUGENDHILFE.

Wer – wie das Thema des Beitrags nahelegt - längerfristig verlaufende Veränderungen und Entwicklungen in der Sozialpädagogik und Jugendhilfe feststellen und festhalten möchte, lässt sich, mit Verlaub gesagt, auf ein ziemlich heikles Unterfangen ein.¹ Tollkühn wird dies, wenn für Beschreibung, Analyse und Diagnose wenig Zeit und Raum zur Verfügung stehen. Dann helfen nicht einmal mehr die heute üblichen statistischen Verfahren. Zumal in der Kinder- und Jugendhilfe schlicht die nötigen Längsschnittdaten fehlen, zumindest belastbare Daten. Wir wissen zu wenig. Und wenn wir etwas wissen, dann um die dann doch wieder irritierende Tatsache, dass nicht nur das Feld der Sozialpädagogik und Sozialarbeit in hohem Maße heterogen ist, sondern vor allem die Wirklichkeit fürsorgerischer Praxis von massiven regionalen Disparitäten bestimmt wird, die sicher mit sozialen Strukturen und entsprechenden Problemlagen, zugleich aber viel mit politischen Verantwortungsträgern zu tun haben. So absurd das klingt – und ich beziehe mich hier auf Deutschland: Ob die Kinder- und Jugendhilfe überlastet ist, kann davon abhängen, dass zur Kommune ein Flughafen mit Linienflügen in die ganze Welt gehört – so wie in München oder Düsseldorf, wo täglich eine Vielzahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen untergebracht werden muss. Zudem gilt: ob und wie Kinder- und Jugendhilfe fachlich arbeitet, hängt zuweilen allein von der Bereitschaft eines Landrats ab, das geltende Gesetz zu beachten und dem Recht zu folgen, um als Verantwortlicher der wirtschaftlichen Jugendhilfe die Fremdunterbringung eines Jugendlichen zu genehmigen, obwohl diese den kommunalen Haushalt schlicht sprengt. Ein

¹ Zwei Anmerkungen scheinen mir wichtig: Der Text wurde gegenüber dem Vortrag durchgesehen und überarbeitet, gleichwohl habe ich die subjektive Perspektive nicht ganz aufgegeben zu Gunsten einer objektiven, vorgeblich wissenschaftlichen Darstellung. Das Thema kann ohne persönliches Engagement gar nicht ordentlich verhandelt werden; diese innere Beteiligung soll also ihren Ausdruck behalten. Verweise auf Referenzautoren sind im Text angegeben, auf eine ausführliche Bibliographie habe ich jedoch verzichtet. Ausdrücklich will ich auf die Differenzen zwischen dem sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Systems und der Organisation der Sozialen Arbeit in Österreich gegenüber dem deutschen System hinweisen. Diese Differenzen sind mir als Österreicher sehr bewusst, dennoch habe ich meistens Bezüge zu Deutschland hergestellt, einmal aus dem banalen Grund, dass ich in Deutschland lebe und arbeite, dann aus weniger trivialen Grund, dass in Deutschland die Veränderungen hin zu einem neoliberalen Regime der Wohlfahrt und der Sozialen Arbeit besser zu erkennen sind – u.a. weil sich die Entwicklungen in den letzten beiden Jahrzehnten wie in einem sozialen Laborversuch sehr rasch vollzogen haben.

anderer lässt es vielleicht auf einen Prozess ankommen, der entschieden wird, wenn der Jugendliche volljährig geworden ist und der Landrat längst sein Mandat zurückgegeben hat.

Noch schwieriger werden solche Bilanzen der Entwicklung und Situation in der Kinder- und Jugendhilfe, wenn wir internationale Perspektiven wählen. Allerdings kann schon der Blick über die Grenzen zum Nachbarland ziemlich überfordern. Insofern bin ich also etwas skeptisch gegenüber dem, was ich mitteilen soll, kann und will: Einmal habe ich Zweifel, ob ein solcher Überblick überhaupt gelingen kann, der die veränderten Strategien der Jugendhilfe im Umgang mit Armut untersucht. Zweitens bin ich skeptisch angesichts der Entwicklungen, die sich gegenwärtig abzeichnen – da passiert einiges, das zumindest meinem Urteil nach dem fachlichen Selbstverständnis widerspricht. Drittens macht mich skeptisch, weil ich mit meiner These über diese Entwicklungen höchst wahrscheinlich ungerecht gegenüber denen bin, die im Feld agieren.

Die Behauptung lautet: *Die Soziale Arbeit, die Sozialpädagogik, die Hilfen zur Erziehung tendieren zunehmend dazu, den Tatbestand der Armut wieder aus dem Blick zu verlieren. Ihre Aufmerksamkeit wird durch andere Themen gebunden, durch den Diskurs über Risiken des Aufwachsens, durch den Diskurs vor allem, der unter dem Stichwort Bildung geführt wird.*

Freilich ist Vorsicht gegenüber einer solchen These angebracht. Denn generalisierende Behauptungen sind immer ein wenig gefährlich, allzumal wenn die Daten fehlen. Sie sind vor allem ungerecht. In ihrer überwiegenden Mehrzahl werden Praktikerinnen und Praktiker Sozialer Arbeit zurecht geltend machen, dass sie vorrangig mit der Tatsache und den Folgen von Armut konfrontiert sind, mehr noch, dass sie längst mit dem zu tun haben, was schlicht als Elend bezeichnet werden muss. Es geht schon gar nicht mehr darum, Fürsorge zu leisten. Dieser Begriff klingt fast ein wenig euphemistisch. Denn längst hat die Soziale Arbeit damit zu tun, das Überleben von Menschen zu sichern – und zwar nicht nur in Krisenregionen. Oder anders gesagt: zuweilen beginnen die Krisenregionen schon nebenan, zeichnet sich die humanitäre Katastrophe im eigenen Stadtviertel ab. Hilfen zur Erziehung stellen dabei höchstens die Voraussetzungen her, um überhaupt noch pädagogisch arbeiten zu können. Wer sich das Gemeinte nicht vorstellen kann, sollte den Mut aufbringen, eine der Einrichtungen aufzusuchen, in welchen Flüchtlingsfamilien untergebracht sind. Das ist schon generell selten als menschenwürdig zu betrachten, das ist vor allem menschenverachtend, wenn und sofern es um die Kinder geht, die dort geboren werden, leben und aufwachsen

sollen. Man muss sich schon ins Gedächtnis rufen, was der große polnische Pädagoge Janusz Korczak oft gesagt hat: Kinder, die Missachtung und Verachtung erleben, werden als Erwachsene selbst verachten. Zugespitzt, aber empirisch gesättigt: Wer Armut nicht beseitigt oder gar verhindert, der darf sich auf Terrorismus einstellen. Die französischen Verhältnisse könnten hier lehrreich sein, übrigens auch in einer Hinsicht, die später noch einmal aufgenommen wird: Armut hat zwar immer eine materielle Dimension, doch ist sie ganz eng mit kulturellen Motiven verbunden, genauer: mit kulturellen Praktiken, die mit Anerkennung und dem Gefühl eng zusammen hängen, ein gutes Leben führen zu dürfen und zu können. Das Problem des Ausschlusses ist also viel subtiler gestrickt, in materieller Hinsicht manchmal einfacher angelegt, in emotionaler und affektiver Hinsicht jedoch viel komplizierter, als dies in den meisten Debatten sichtbar wird; die Soziale Arbeit als Disziplin wie als Profession hat bislang gar nicht begriffen, in welchem Ausmaß die Frage nach der Armut eigentlich mit Gefühlswelten zu tun hat, mit dem Empfinden, einen sicheren Platz in einer Gesellschaft zu haben, der einem erlaubt, über sich selbst und das nachzudenken. Möglicherweise verweist das auf eine wichtige Dimension allzumal in der heutigen Diskussion um Flüchtlinge, die oft genug auf Kultur und Religion verkürzt wird – aber eben auch nicht von Religion absehen darf. Der Ausdruck Religion kommt von re-ligio, von Rückbindung. Menschen brauchen wohl das Gefühl einer solchen Rück-Bindung, einer An-Bindung, um die eigene existenzielle Sicherheit zu finden; wer nun auch noch Religionen fokussiert und abwertet, wie das beispielsweise im Zusammenhang mit dem Islam geschieht, erzeugt Empörung, weil er Menschen dann die letzte Sicherheit nimmt, die ihnen spirituellen Schutz gegeben hat.

1.

Was ist also mit den armen Kindern passiert, mit den armen Familien? Was macht die Soziale Arbeit mit ihnen? Noch einmal: die konkrete Praxis der Sozialen Arbeit ist vorrangig, mehr denn je, damit beschäftigt, Armut im Alltag zu bearbeiten, wenn nicht zu regulieren, Bewältigungs- und Überlebensstrategien zugänglich zu machen. Sie versucht Not zu lindern, wo dies nur geht. Manchmal liegt schon die entscheidende Aufgabe darin, eine Ärztin oder einen Arzt zu finden, der ohne Berechnung untersucht und Medikamente auftreibt, die nichts kosten. Diese soziale Arbeit ist längst nicht mehr auf die Städte konzentriert, die in mancher Hinsicht sogar noch eher Überlebensräume eröffnen, in Subkulturen und

informellen Hilfesystemen, wie sie sich – um noch ein Deutschland anzusprechen – insbesondere in Berlin finden. Vielmehr macht zunehmend die Armut auf dem Land Sorgen, nicht zuletzt, weil sie übersehen wird. Das Problem liegt darin, dass zuweilen Menschen mit einst reputierlicher Existenz sich plötzlich damit konfrontiert sehen, ihren Lebensunterhalt gar nicht mehr bestreiten zu können – das trifft vor allem Ältere und Alte, hat Folgen aber auch für die jüngeren Generationen, weil die innerfamiliären Transfers ausbleiben. Das verweist übrigens auf ein generelles Problem, das in der Debatte sträflich vernachlässigt wird, nämlich auf die zunehmende Zerstörung der informellen innerfamiliären und zwischengenerationellen Solidarität. (Möglicherweise wirken übrigens deshalb Flüchtlinge zuweilen so bedrohlich, weil sie in der Tat noch enge familiäre Bindungen leben; das wirkt auf manche archaisch und ängstigt.) Altersarmut aufgrund von Rentenkürzungen einerseits sowie massiven Kostensteigerungen bei Mieten und alltäglicher Lebensführung führen jedenfalls auf eine fast groteske Art dazu, dass die Kinder, in diesem Fall die Enkelkinder leiden; zu beobachten ist das insbesondere dort, wo kleinbäuerliche Betriebe bestanden haben und der in ihnen erwirtschaftete Ertrag zur Altersabsicherung nicht ausreicht.

Das deutet schon den weiten Horizont an, der zu beachten ist. Um es etwas pauschal zu formulieren: Während auf der einen Seite das Problem der Armut, auch das der Kinderarmut sich eher verstärkt und verschärft stellt, können und müssen wir auf der anderen Seite beobachten, wie es nach einer Konjunktur der Aufmerksamkeit herabgespielt wird, aus den öffentlichen Debatten und aus den fachlichen Debatten verdrängt wird. Verdächtig waren und sind dabei schon Auseinandersetzungen darüber, ob die jeweils genannten Zahlen eigentlich zutreffen, ob nicht die Definitionen ein bisserl zu weit gestrickt sind, ob Zunahme oder Rückgang zu beobachten seien, ob die Maßnahmen vielleicht doch gewirkt haben. Fast immer geht es dann um die Debatten zwischen sogenannten Experten, in die sich dann Politiker einmischen, die auf Stimmenfang aus sind. Im Ergebnis lässt sich eine Art *De-Thematisierung* feststellen, oft genug mit dem Hinweis, man möge dann noch nicht zu sehr skandalisieren, wo es sich doch nur um vorübergehende Erscheinungen handle, die von einer neoliberalen Marktgesellschaft dann schon überwunden werden. Dass von solcher Überwindung konkrete Menschen betroffen sind, schert die Zyniker der öffentlichen Debatte wenig.

De-Thematisierung bedeutet nun keineswegs, dass Armut nicht mehr zur Sprache kommt, sondern – was fast noch fataler ist – gewissermaßen in der Kontroverse auf- und kleingerieben wird. Da streiten sich dann die Fachleute über die Definitionen von Kinderarmut, übrigens folgenreich, weil diese Auseinandersetzungen inzwischen in gerichtliche Entscheidungen eingehen, weil vor allem ein solcher Streit *kein* mediales Echo erzeugt. Die Medien können oder wollen nur selten mit der Frage umgehen, ob nun sieben, zehn oder fast zwanzig Prozent der Minderjährigen mit Armut konfrontiert sind. Das lässt sich schlicht nicht auf 35 Zeilen darstellen, noch weniger in großzügigen drei Minuten mit längerem Originalton. Hinzu kommt, dass sich gegenwärtig eine bemerkenswerte Diskrepanz beobachten lässt, nämlich zwischen den Verfechtern einer definitions- und datenbasierten Politik einerseits und jenen, die auf die Erfahrung und Empfindung der Akteure im Feld hören, der von Armut Betroffenen und derjenigen, die ihnen fachlich zur Seite stehen wollen. Politiker tendieren gelegentlich zu dem netten Satz, nach welchem man nicht die Frösche frage, wenn man den Sumpf austrocknen möchte – mal abgesehen davon, dass dieser Satz biologischer und ökologischer Unsinn ist, werden so Deutungen der Handelnden in Frage gestellt. Sie sind aber maßgebend allzumal für ein fallbezogenes sozialpädagogisches Tun.

De-Thematisierung hängt aber auch damit zusammen, dass Zustände normal werden. Man regt sich nicht auf. So ist das halt. *Hab dich nicht so: Man kann schließlich auch mit Krieg leben und anderen geht es noch viel schlechter.* Tatsächlich haben wir vielfach mit dieser Normalität von Armut zu tun, die oft genug gar nicht als solche benannt wird, weil das Stichwort *Flüchtlinge* gegenwärtig einen höheren Erregungswert hat. Nur nebenbei: die herablassende Rede von den Wirtschaftsflüchtlingen macht schlicht zum Thema, dass Menschen vor der Armut weglaufen, sie aber auch mitbringen und verstetigen, weil ihnen gar nicht erlaubt wird, in den Zielgesellschaften anzukommen: Für alle modernen Gesellschaften, auch für diejenigen, die sich als wohlfahrtsstaatlich organisiert sehen, gilt jedenfalls generell, dass die Armut der Bevölkerung zunimmt. Wilkinson und Pickett haben gezeigt, wie Ungleichheit zwischen den Gruppen in der Gesellschaft sich verschärft, wie der Ausschluss von materiellem Wohlstand, vor allem jedoch von sozialen Sicherheitssystemen und Gesundheitsfürsorge, aber auch von Bildungseinrichtungen eher zunimmt, übrigens sogar dort, wo vorgeblich große Anstrengungen darauf verwandt werden, den Zugang zum pädagogischen System verbindlich zu machen. Da ist ein giftiges Mittel eingesetzt worden,

das mehr schadet als nützt. Der letzte Kinder- und Jugendbericht der deutschen Bundesregierung vermerkt mehrfach, wie beispielsweise die Angebote der Elementarpädagogik nicht diejenigen erreichen, für die sie vielleicht nötig und hilfreich wären; vor allem die besser Gestellten nützen sie und profitieren von ihnen, die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe lassen die Schere zwischen Wohlhabenden und Notleidenden weiter aufgehen.

Drei Veränderungen lassen sich kaum übersehen:

- Selbst in den Gesellschaften mit vorgeblich weitgehender Vollbeschäftigung hat sich *zum einen* ein vergleichsweise harter Sockel mit Menschen gebildet, die in Armut leben; insbesondere treffen wir hier junge Menschen an, besonders gefährdet scheint die Altersgruppe der bis zu 25jährigen, einen weiteren Kernbereich dieses Armutssockel bilden Alleinerziehende und ihre Kinder. Dabei ist Vorsicht angebracht. Es ist nicht sicher, ob die Armutsgefährdung und –belastung in höherem Alter tatsächlich, wie prognostiziert, zurückgeht oder diese Gruppe sich einerseits erweitert, andererseits aber künftig kontinuierlich im Armutssegment verbleibt. Der Vergleich etwa mit Frankreich und Italien lässt genau dies befürchten; wenigstens eine Generation ist sozusagen aus dem Zusammenhang der Wohlstandsgesellschaft herausgefallen, möglich ist, dass die junge Generation insgesamt und dauerhaft gefährdet ist – die Vergleichsdaten der süd- und westeuropäischen Länder legen genau dies nahe. So ist die französische Gesellschaft inzwischen schlicht zerrissen, Spanien, Portugal und Italien leiden unter andauernder Jugendarbeitslosigkeit, die aber doch längst schon die „älteren Jugendlichen“, nämlich die Vierzigjährigen erreicht. Auch vorgeblich wohlfahrtsstaatlich geschützte Staaten zeigen gefährliche Entwicklungen auf, wie etwa Finnland, das nach dem Zusammenbruch des NOKIA-Imperiums rapide wachsende Zahlen bei der Jugendarbeitslosigkeit aufweist.

- Zweitens nehmen in allen Gesellschaften mit vorgeblich hohem Wohlstand und Vollbeschäftigung prekäre Lebensverhältnisse zu, die auch durch die Einführung von Mindestlöhnen nicht beseitigt werden – in Deutschland zeichnet sich gerade ab, dass der Mindestlohn entweder ignoriert wird, zu einer Reduktion von Arbeitszeit und damit zur Mehrbelastung anderer Arbeitnehmer oder schlicht zur Kündigung führt. Das Spiel ist offen, die Gruppe der *working poor* wächst. Prekarität erschöpft sich nicht nur in geringer Entlohnung, sie hat vielmehr mit instabilen Arbeitsverhältnissen und Beschäftigungsformen

zu tun, die hoch belastend sind – regelmäßig geht es um Menschen mit Familien, die Armut der Kinder hat dabei sowohl mit materiell schlechten Bedingungen sondern auch damit zu tun, dass ihnen die Eltern kaum zur Verfügung stehen, weil sie viele Stunden am Tag, oft aber auch abends und nachts arbeiten. Hinzu kommt eine Situation, die man nur paradox bezeichnen kann, nämlich als den Verlust einer stabilen Welt prekärer und schlecht entlohnter Arbeitsverhältnisse. Menschen waren im Kapitalismus schon immer knapp am Existenzminimum bezahlt. Aber sie konnten rechnen, dass nach dem Verlust eines Arbeitsplatzes sich rasch ein anderer finden ließe; eben diese Gewissheit besteht nicht mehr und bringt die Menschen in Verzweiflung. Sie werden nicht mehr gebraucht.

- Ein dritter Punkt soll nur angedeutet werden, er führt regelmäßig zu Kontroversen. Es geht um die Gefährdung der sogenannten Mittelschicht. Sie ist umstritten und doch nicht mehr so ganz aus der Debatte wegzudrängen. In allen modernen Industriegesellschaften lässt sich beobachten, dass und wie jene, die - nach den klassischen Definitionen - der sozialen Mittelschicht zugerechnet werden, zumindest –sehr vorsichtig formuliert – in instabile Lebenslagen geraten. Dabei beginnt das Problem schon dort, dass sich diejenigen gleichsam überschätzen, die nach Einkommen und weiteren Statusmerkmalen der allerdings breiten mittleren Schicht zugerechnet werden. Ihre Lebenssituation kann nämlich grosso modo nur als die eines – objektiv gesehen – Proletariats bezeichnet werden, das auskömmlich bezahlt wird, jedoch meist abhängig beschäftigt ist (sofern es sich es sich nicht um Handwerker oder Geschäftsinhaber handelt). Es gibt für sie keinen Luxus, doch sind die Lebensmöglichkeiten zuletzt staatlicherseits insbesondere dann massiv eingeschränkt worden, wenn sie Kinder haben und diesen dann aus eigener Kraft eine gute Ausbildung sichern wollen; staatliche Unterstützung für ein Studium gibt es keine, aber ohne Unterstützung gerät man schnell an die Grenze zur Armut. Man kann darin durchaus einen eigenartigen Zynismus sozialstaatlicher Regulierungsformen sehen; vermutlich hat dieser auch dazu geführt, dass Mittelschichtangehörige das Programm des marktradikalen Neoliberalismus unterstützt haben, obwohl sie sich selbst damit vorrangig geschadet haben. Dabei macht diese Situation aufmerksam auf ein weiteres Problem: Nicht zuletzt die Angehörigen der Mittelschicht, zu der meist auch der öffentliche Dienst gehört, erleben dies als Kränkung und Missachtung; zurecht, weil sie in hohem Maße loyal gegenüber ihrem Arbeitsgeber sind, da sie sich – so die berühmte Untersuchung, die Sennett mit dem Guardian durchgeführt hat – der Bedeutung ihrer Arbeit für das Gemeinwesen bewusst sind.

Schon Ulrich Beck hatte darauf hingewiesen, dass die Geschwindigkeit höher geworden ist, mit der die Aufzüge sich bewegen, in welchen es um den sozialen Ab- oder Aufstieg geht. Abgesehen davon, dass junge Menschen in der Mittelschicht gar nicht ankommen, obwohl sie nach Herkunft und Ausbildung für diese prädestiniert wären, spricht vieles dafür, dass die Fahrt zumindest dann in den Keller geht, wenn Familien gegründet werden. In Deutschland gilt die Familiengründung als ein zentraler Anlass dafür, dass die Familien an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit kommen – mit schleichenden Effekten übrigens, weil gleichzeitig die gesellschaftlichen Erwartungen an familiäre Leistungen außerordentlich gestiegen sind. Man darf sich nichts vormachen: Wenn beide Eltern voll berufstätig sind, mag dies mit Gleichberechtigung zu tun haben. In Wirklichkeit hängt es damit zusammen, dass andernfalls das Familieneinkommen nicht mehr ausreicht. Eine bittere Pointe besteht also darin, dass die frühe Ganztagsbetreuung von Kindern gar nicht pädagogisch motiviert ist, sondern schlicht und einfach Notbehelf für die arbeitende Bevölkerung ist, die mit ihrer Arbeit dann auch noch die Betreuung finanziert. Notabene: Zum Teil hängen diese Entwicklungen sogar mit gesetzlichen Regelungen zusammen und sind politisch gewollt; so kann in Deutschland, im Unterschied zu Österreich, die Kinder- und Enkelgeneration herangezogen werden, um den Unterhalt der Großeltern im Alter und bei Krankheit zu sichern. Es gibt kein besseres Instrument, um Familien in eine Notstandssituation zu treiben.

2.

Bemerkenswerterweise spielen jedoch diese Fragestellungen in der Debatte um die Soziale Arbeit inzwischen keine große Rolle mehr – zumal diese ihre Fähigkeit zur Selbstkritik ziemlich verloren hat. Man könnte fast meinen, dass das Armutsthema verschwunden oder verdrängt worden ist, sicher auch, weil zumindest andere Problemlagen mit ihm verschmolzen sind oder öffentlich gemacht werden müssen, weil sie drängend geworden sind – oder weil sie in den Konjunkturen der öffentlichen Aufmerksamkeit besser platziert werden können. Es gibt Hinweise darauf, dass sogar die Bevölkerungsstatistiken ganze Populationen ausblenden, sofern diese als nicht arbeitsfähig gelten oder aus den Versicherungssystemen herausfallen, etwa beim Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt. Zudem ist Vorsicht angebracht, wenn und sofern Kinderarmut in Relation zum Durchschnittseinkommen der Bevölkerung gesetzt wird. Wenn dieses sinkt, dann fällt die Schwelle, an der Kinderarmut festgestellt wird.

Das Armutsthema ist verschwunden oder verdrängt worden, indem andere Problemlagen mit ihm verschmolzen sind oder öffentlich gemacht werden müssen, weil sie drängend geworden sind – oder weil sie in den Konjunkturen der öffentlichen Aufmerksamkeit besser platziert werden können. Gegenwärtig hat sich das Thema Flüchtlinge nach vorne gedrängt und bringt in der Tat die Kinder- und Jugendhilfe in massive Bedrängnis; so wurden im Februar 2015 allein in Bayern 4000 unbegleitete minderjährigen Flüchtlinge aufgenommen, mit dem Effekt, dass die Jugendämter und die von ihnen beauftragten Institutionen schon personell in die Knie gehen. Es fehlen Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen, einmal weil man sie nicht bezahlen kann, zum anderen, weil schlicht nicht genug ausgebildet werden, allzumal für die ziemlich komplizierte Arbeit mit diesen Jugendlichen. Nur sollte man sich bei all der Debatte um das Flüchtlingseleid nichts vormachen. Sie ist im Kern eine Armutsdebatte, vor allem eine Debatte um Kinder- und Familienarmut. Aber das lässt sich nicht so recht aussprechen – um es zynisch zu sagen: Armut ist ja normal, damit kann man niemanden hinter den Ofen hervorlocken.

- In all dem spielt nun die Soziale Arbeit mit: Sie ist einerseits darauf angewiesen, Themen zu finden oder zu generieren, die Aufmerksamkeit provozieren. Das hängt damit zusammen, dass die Soziale Arbeit und die Hilfen zur Erziehung zunehmend weniger institutionell abgesichert, sondern durch befristete Programme gesteuert werden, die einen hinreichenden Erregungswert haben müssen. Als Beispiel wäre die inzwischen ziemlich hysterische Auseinandersetzungen um den Kinderschutz zu nennen, die in Art industriellen Komplex geführt hat. Jeder weiß, dass Armut ein starker Prädiktor dafür ist, Hilfen in Anspruch zu nehmen, dass umgekehrt sichere Einkommensverhältnisse und Wohnverhältnisse Kinder schützen. Gelder lassen sich akquirieren, wenn von *Vernachlässigung* gesprochen wird; diese soll dann möglichst auf der Ebene psychologischer Beschreibungen dargestellt werden, hilfreich ist, Drogenabusus festzuhalten. Vernachlässigung soll dann mit vorgeblicher sozialer und pädagogischer Inkompetenz zu tun haben, wird als Fehlen von Empathiefähigkeit oder als mangelnde Bereitschaft zu einer hinreichenden Versorgung der Kinder den Eltern angelastet und insofern sowohl pathologisiert wie vor allem individualisiert. Im Hintergrund lassen sich dann stets moralische Bewertungen einer Lebensführung erkennen. Gar nicht taugt in solchen Diskursen jedoch der Verweis auf die Einkommenssituation; Armut scheint zu einfach, lässt sich weder mit psychologischer Expertise verknüpfen und dient nicht wirklich als Argument,

um die gefährlichen Unterschichten dann doch kontrollieren und unter Kuratel stellen zu dürfen. Offensichtlich spielt nämlich ein solches Überwachungsmoment in der Debatte eine nicht unwichtige Rolle.

- Daran wird übrigens deutlich, dass sich zunehmend Grabenkämpfe von Professionen um ihre Definitionsmacht auswirken, nämlich vor allem der Konflikt zwischen Sozialer Arbeit und Psychologie – der sich übrigens noch darin niederschlägt, dass die statistischen Manuale psychischer Krankheiten wie ICD X und DSM IV bzw. DSM V als Instrumente des sozialarbeiterischen Handelns durchgesetzt werden. In diesem Konflikt restituiert sich jedoch ein Abwertungsschematismus, der seit zwei Jahrzehnten als überwunden galt. Kultiviert wird das Vorurteil von Professionellen, die in der sozialen Mittelschicht sozialisiert wurden; es wird zur Denunziation herangezogen, ohne auch nur den Blick auf die reale Lebenslage der Betroffenen zu richten. Dabei ist nur bedingt hilfreich, wenn sich die Soziale Arbeit zugleich noch am Bildungssystem ausrichtet – und sich damit, ein wenig krass formuliert, das Berufsideal von Lehrer höherer Schulen zu eigen macht, die mit Armut nun auch wiederum nicht so schrecklich viel zu tun haben.

- Endlich kann man sich des Verdachts nicht so ganz erwehren, dass die Soziale Arbeit selbst sich gelegentlich nicht mehr mit der *schmuddeligen Praxis* beschäftigen möchte, wie Hans Thiersch sie nennt. In der Tat lässt sich eine äußere wie innere Umorganisation der Sozialen Arbeit in weiten Bereichen beobachten. Sie wird sozusagen reputierlicher, bietet zumindest manchen Erwerbs- und Aufstiegschancen – wobei zugleich die prekären Beschäftigungsverhältnisse im sozialen System selbst zunehmen, sieht man von aller Arbeitsbelastung einmal ab, die ebenfalls gewachsen ist. Das System der Sozialen Daseinsfürsorge ist schließlich längst zynisch, es unterliegt selbst den Mechanismen eines marktradikalen Kapitalismus, die von manchem Träger der Sozialen Arbeit dann feierlich überhöht werden: Weder die Kirchen, noch die in der Nähe der Sozialdemokratie stehenden Verbände, aber auch nicht das Rote Kreuz sind von dem Vorwurf frei zu sprechen, mit zuweilen geradezu hochkapitalistischer Attitüde ihre Geschäfte zu betreiben. Da wird Ausbeutung betrieben, da wird auf Fachlichkeit verzichtet, da werden sozialpolitische Grundpositionen preisgegeben, da wird gelegentlich schon mal Unmenschlichkeit zum Handlungsprinzip – schön feierlich bemäntelt in wunderschönen Prospekten. Symptomatisch für diese Entwicklung sind die Durchsetzung des Sozialmanagements, vielleicht auch eine

Umstellung der grundlegenden Begründungszusammenhänge, nämlich die Abkehr von sozialetischen und sozialpädagogischen Motiven und die Zuwendung zur sogenannten Sozialwirtschaft. Zugleich hat sich ein seltsam herablassender Ton breit gemacht, der dann noch in Fachstellungen anklingt: Als ob es niemals Kritik an kulturalistischen Vorstellungen gegeben hätte, als ob noch niemand vom labelling approach gehört hätte, werden Familien als *sozial schwach* oder als *bildungsfern* stigmatisiert, mit allen vom Ressentiment geprägten Untertönen. Und man mache sich nichts vor: der Begriff Migrationshintergrund, dereinst als Fortschritt gefeiert, dient längst schon ebenfalls der Herabwürdigung. Nüchtern betrachtet haben in Deutschland fünfzig Prozent der Minderjährigen einen solchen Migrationshintergrund, wenn man noch die Großelterngeneration hinzurechnet, wird die angebliche Information informationslos, zumal man ohnedies fragen muss, was sie uns eigentlich sagen will oder soll. Eine präzise Auskunft über die jeweilige soziale Lage gibt sie nicht, da sind Aussagen über Einkommen und Wohnungssituation allemal informationshaltiger.

3.

Schaut man nun ein wenig genauer auf die Fachdebatten, dann zeigt sich, wie die Lebenslage von Menschen, wie vor allem ihre ökonomische Situation aus dem Blickfeld der Sozialen Arbeit rückt. Ein wenig überspitzt formuliert, gewiss unter Vernachlässigung der sozialpolitischen Aktivitäten im System sozialer Arbeit und konzentriert auf das konkrete Handlungsfeld, im Wissen, dass dort das unmittelbar personenbezogene Handeln Vorrang hat und haben muss; streng genommen fasst die Überlegung eine Art Syndrom in der sozialen Arbeit, das sich in der Haltung der Akteure niederschlägt: Die materiellen sozialen Bedingungen spielen dort keine Rolle mehr, weil sie eben eine gesellschaftliche Veränderung verlangen, während die Soziale Arbeit selbst im Muster der von ihr erzielten Wirkungen thematisiert wird; manche beklagen das als Entpolitisierung der Sozialen Arbeit, wenngleich in dieser Haltung durchaus ein politisches Verständnis zum Ausdruck kommt. So vollzieht sich eine massive Verschiebung, weg von der Beschreibung und Analyse der Gesellschaft, ihrer Strukturen und Machtverhältnisse hin zu einer Reduktion des Geschehens auf die Individuen selbst, die entweder einem wirkungsvollen Treatment unterzogen werden sollen oder aber mit Mechanismen der Kontrolle und Disziplinierung dazu kommen sollen, sich

einem Arbeitsmarkt zu unterwerfen. Fatalerweise gilt dies selbst dort, wo von Inklusion die Rede ist.

An die Stelle der Armutsdebatte sind hingegen zwei Fragestellungen gerückt, die aber selbst auf eigentümliche Weise ihren Sinn verändert haben, meist eher schleichend und unbemerkt, dann aber durchaus wirksam:

- Die eine Fragestellung und Problemdefinition kreist um den Begriff des *Risikos*. Zunächst richtete sich die mit diesem Begriff operierende Überlegung darauf, ob und wie weit gegebene Lebensbedingungen und Verhältnisse, ob die den Menschen verfügbaren Ressourcen dazu führen könnten, dass das Aufwachen, dass die Entwicklung und das Leben allzumal der Kinder gefährdet sein könnte. Die Überlegung war von einer ethischen Perspektive bestimmt, nämlich der Perspektive, Menschen, jungen Menschen insbesondere zu gewährleisten, dass sie als Subjekte ihres Lebens autonom und souverän agieren konnten, dass sie zumindest in Lern- und Entwicklungsprozesse eintreten konnten, die ihnen Subjektivität sicherten. Die Überlegung war zudem von einer sozialpolitischen Vorstellung geleitet, nämlich von der Idee, dass eine gute soziale Ordnung und eine gerechte Verteilung der Ressourcen die beste Form der Prävention darstellen. Dabei waren stets auch und besonders die materiellen Möglichkeiten gemeint, über die jemand verfügt, konnte und kann doch bis heute beispielsweise gezeigt werden, dass Armut, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot die stärksten Prädiktoren darstellten, um den Bedarf an Hilfen zur Erziehung zu prognostizieren. Doch zunehmend veränderte sich der Sinn des Risikobegriffs, wobei die Suche nach den Widerstandspotenzialen der Kinder eine wichtige Rolle gespielt hat. Die Entdeckung der Resilienz führte zu einem Blickwechsel, zu einem Paradigmenwechsel. Die Aufmerksamkeit galt von nun an nicht mehr den Lebensumständen, vielmehr rückte das Kind in den Mittelpunkt. Was das bedeutete, blieb zunächst unbemerkt, weil die Soziale Arbeit und Sozialpädagogik sich durchaus auf die Kinder und Jugendlichen in ihrer subjektiven Handlungsfähigkeit richteten und fachlich richten müssen. Faktisch wurde so die psychophysische Verfasstheit zum Thema, um diese schließlich darnach zu bewerten, in welchem Maße sie selbst ein Risiko für die weitere Entwicklung einschloss. Verfügt das Kind über ein hinreichendes Resilienzpotenzial, dann kann und darf die Erziehungshilfe im Hintergrund bleiben, fehlt die Kraft zur Resilienz, muss ein Risiko angenommen werden, muss Unterstützung aktiviert werden, die sich auf die Psyche des Kinde richtet.

In den Fokus der Hilfe rückten also die individuelle Verfasstheit des Kindes, seine Befindlichkeit, seine innerpsychischen Ressourcen und Potenziale. Doch war dies nur die erste Stufe, die man als Ausdruck der Etablierung einer therapeutischen Kultur interpretieren kann, wie sie Frank Furedi und angeregt durch ihn vor allem Eva Illouz analysiert haben. Nicht zuletzt im Kontext eines neoliberalen und marktradikalen Kapitalismus, wie ihn bemerkenswerterweise besonders die – so Colin Crouch - moderne Sozialdemokratie von New Labour und in Deutschland die „Schröder-SPD befördert hatten, wurde nun dieser individualisierende Ansatz insofern radikalisiert, als einerseits das aktive, unternehmerische Ich als normativ positive Figur ins Zentrum der Überlegungen gerückt wurde, andererseits und eben deshalb neue Formen der Kontrolle und Disziplinierung etabliert werden mussten. Das Dilemma bestand durchaus darin, dass das *gute unternehmerische Ich* von einem *bösen Ich* unterschieden werden musste, das sich nicht den Normen fügte, die streng genommen jedoch eigentlich suspendiert wurden; nichts ist unmöglich, lautet bekanntlich die Devise. Die Grenze zwischen liberal Zugelassenem und Abweichung zieht dann der eben etablierte Risikobegriff, der entlang eines statistisch begründeten und in Standards ausgedrückten Normalismus konstruiert wird – wie Jürgen Link zeigt: Gefragt wird nun, ob und wie weit das Individuum ein Risiko für die Gesellschaft darstellte. Die Frage gilt also nicht mehr, ob und in wie weit das Kind in seiner Entwicklung gefährdet wäre, sondern sie richtet sich vielmehr darauf, ob es zu einem Störer der Gesellschaft werden konnte.

Die Frage drängt sich selbstverständlich auf, wie und woran denn Risiko und Störung bestimmt werden könnten. Damit ist die dritte Stufe der Entwicklung schon erreicht. Faktisch stören jene, die über Vermögen oder legitimes Einkommen *nicht* verfügen, daher am Konsum nicht teilnehmen – von legitim muss man reden, weil selbst die legalen Bezieher von Sozialhilfe oder Notstand als abweichend gelten, da sie nicht dem unternehmerischen Ich entsprechen. Armut wird daher nicht als Grund erkannt, vielmehr wird zum Risiko, wer als unwillig gilt, sich den Regeln des Arbeitsmarktes zu unterwerfen. Hier treten neben die Psychologie, die inzwischen erfolgreich zur Bestimmung der innerpsychischen Verfasstheit und Risikobelastung etabliert worden ist, die modernen mathematisch-statistisch operierenden Sozialwissenschaften; ihre Anleihe nehmen sie allzumal bei der Versicherungsmathematik, die als hoch zuverlässig und präzise bei der Prognose von Schadensereignissen gilt. Nun werden Risikofaktoren erhoben und bewertet, um damit ein

umfassendes Bild jener zu gewinnen, die selbst eine Belastung für die Gesellschaft werden könnten oder in und durch ihre Lebensführung mit angebbarer Wahrscheinlichkeit ihrem Kind schaden könnten. Damit ist einerseits endgültig eine Expertenkultur gegenüber der subjektiven Lebenspraxis etabliert, andererseits aber legitimiert, dass Menschen überwacht und darnach beurteilt werden, ob und wie weit sie als Gefährder gelten müssten und daher eines umfassenden Netzes bedürfen, durch das dem Risiko vorgebeugt werden kann. Wobei das gar nicht wirklich möglich ist, weil durch die Risikovorsorge die Risikofaktoren nicht beseitigt werden. Der Hintersinn ist ohnehin ein anderer: es soll eine Drohkulisse entstehen, durch die sich die Einzelnen bemüßigt fühlen, sich selbst zu überwachen und ordentlich zu benehmen. Doch ist dieses Spiel perfide. Denn erneut zeigen sich die Risikofaktoren als objektiv gegeben, sie lassen sich durch die subjektive Lebensführung nicht minimieren.

Was hat das mit Kinderarmut zu tun? Armut zählt in diesem Diskurs zwar durchaus als ein Risikofaktor, doch ist sie nicht wesentlich.² Als kritisch werden hingegen die Formen individueller Lebensführung und ihre Auswirkungen auf die Physis wie die Psyche der Kinder gesehen. Hier wird Überwachung einerseits nötig, andererseits hilft Treatment, stets institutionell und professionell, idealerweise medikamentös. Das Problem der Armut hat sich insofern für die Professionellen erledigt, es geht diesen um Einstellungen, Haltungen und Verhalten, die individuell zurechenbar sind – noch in dem, dass die rechte Arbeitshaltung fehlt, die sich fördern lässt, wenn man sie erst einmal gefordert hat. Und auch hier gilt, dass man sie doch erst einmal von sich fordern muss. Die Pointe dabei: es ist nicht nur die Armut wegdiskutiert, vielmehr sind auch die Kinder als aktive Subjekte aus dem Blickfeld gebracht. Sie gelten als Derivate ihrer dysfunktionalen Familien, sie sind Objekte, die man beobachten und diagnostizieren, die man bearbeiten und zurichten kann.

Kinderarmut ist so zuletzt schlicht aus dem Diskurs verschwunden, in dem sie durchaus präsent war (wie etwa an den Arbeiten von Roland Merten gut zu erkennen ist). Und man mache sich nichts vor: die Soziale Arbeit hat sich mit dem Konzept des Risikos bestens etabliert, freilich nur als Unterprofession zur Psychologie. Kinderarmut ist verschwunden, weil man zugleich ein wirksames Mittel zur Verfügung stellt, nämlich die Unterbringung von

² Das praktische Dilemma sollte übrigens nicht verschwiegen werden: Die Bekämpfung von Armut, allzumal der strukturellen Armut nimmt lange Zeit in Anspruch, weil sie mit gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zusammen hängt. Der aktuelle Fall braucht sofort Unterstützung, die neben aller materiellen Dimensionen irritierenderweise eher auf der Seite des Subjekts realisiert werden kann.

Kindern in Einrichtungen, die ihrerseits gerne als solche der Bildung ausgewiesen werden. Deutlich ist – und man muss hier vielleicht einmal schräg denken: Institutionalisierung ist die generelle Antwort auf eine Diagnose, die im Kern vom Versagen der Eltern spricht – und zwar zunehmend von einem generellen Versagen von Familie und Eltern. Eltern taugen angeblich nicht zur Erziehung von Kindern; eben hat der Vorsitzende eines deutschen Lehrerverbandes lautstark die Forderung erhoben, Eltern müssten erzogen werden. Die pädagogische Arbeit aber könne nur von Professionellen in Institutionen geleistet werden. Entsprechend jubilierten vierteljährlich die Jugendämter, die eine weitere Steigerung der Inobhutnahmen vor allem kleiner Kinder verkünden. Es gibt offensichtlich keine Alternative zur Betreuung von Kindern in Anstalten – obwohl einiges bekannt ist, um nur an das Stichwort *Hospitalismus* zu erinnern und von Übergriffigkeit zu schweigen. Da gäbe es familienpädagogisch einiges zu sagen, in unserem Zusammenhang ist jedoch anderes wichtig: Die Frage nach der ökonomischen Belastung, eben nach der Armut sowie nach Versuchen der Eltern, dieser zu entkommen, wird gar nicht aufgeworfen. Dass Frauen wie Männer mit niedrigem und in seiner Regelmäßigkeit gefährdetem Einkommen inzwischen regelmäßig weitere Jobs aufnehmen, etwa putzen gehen oder Werbung austragen, dass sie damit zwangsläufig die Kinder vernachlässigen, lässt sich nirgends lesen – die Sozialarbeiterinnen berichten es aber regelmäßig. Und der Zynismus der Angelegenheit besteht durchaus darin, dass diese armutsbedingten Lebenslagen allerdings Folgen für die psychische Verfasstheit der Kinder haben. Mit dem Effekt, dass sie häufiger als „gestört“ diagnostiziert werden, zumal die Fachkräfte unter psychologischem Einfluss dazu ausgebildet worden sind, Störungen zu identifizieren – die stehen nämlich in den Manualen, wobei Störungen wie etwa die ADHS faktisch dann doch wiederum mit Armut korrespondieren.

- Damit sind wir schon bei der zweiten Fragestellung angekommen. Sie bewegt sich um den Begriff der *Bildung*. Erneut haben wir es mit einem Begriff zu tun, der hochplausibel erscheint und allgemein positiv bewertet wird, mithin als Transformator für gesellschaftliche Anforderungen in individuelle Leistung und sogar als Dynamo für diese wirkt: das Bildungsversprechen treibt noch jeden an, selbst wenn er weithin als bildungsfern gilt. Zum Bildungsversager möchte nämlich keiner werden – einfach deshalb, weil das Bildungsversprechen noch immer mit der Idee und der großen Erzählung davon verknüpft ist, dass eine Person befähigt wurde, sich selbst kennen zu lernen und entwickeln zu können in ihrer Auseinandersetzung mit der Welt. Aber: das Bildungsversprechen ist heute und

somit in der Wirklichkeit neoliberaler Gesellschaften an die Erwartung von Prosperität geknüpft, an die Vorstellung von einem individuellen wie gesellschaftlichen, materiell messbaren Fortschritt. Eine Erwartung, mit der Bildung nichts zu tun hatte und sachlich kaum zu tun haben kann. Mit dem Begriff der Bildung in seinem heute üblichen Verständnis hat sich also eine neue Form des Glaubens und geradezu einer Gottheit etabliert, der den bislang ähnlich gebrauchten Begriff des Wachstums an die Seite gerückt hat. Aus gutem Grund übrigens: *Bildung* birgt eine normative Implikation, mit der es gelingt, die Subjekte zu verpflichten. Wer gesellschaftlich scheitert, darf dafür niemanden verantwortlich machen, schon gar nicht eine Armutslage. Vielmehr hat er sich selbst nicht genug um Bildung gekümmert, ist also eine Bildungsversager oder Bildungsverweigerer. Er ist geradezu ein Gotteslästerer.

Wie beim Risikokonzept lässt sich beobachten, dass mit dem Begriff der Bildung einerseits ein vermeintlich präventiver Ansatz sich etabliert. Der verschiebt freilich andererseits erneut die Last, in dem nämlich die Individuen als verantwortlich für ihren Bildungserfolg erklärt werden. Die Pointe besteht darin, dass der von den Individuen verantwortete Bildungserfolg an Maßstäben gemessen wird, die extern, durch Experten etabliert worden sind, die sich wenig um Lebenslagen sondern um Bildungsstandards bemühen. All das ist ebenfalls hoch attraktiv für die Soziale Arbeit, weil sie einerseits damit argumentieren kann, dass für Gerechtigkeit gesorgt werden, wenn und sofern der Zugang zu den Bildungsinstitutionen für alle in gleicher Weise sicher gestellt sei. Andererseits scheint ein objektiver Maßstab etabliert, der nichts mit der sozialen Herkunft zu tun habe. Beides Sorge dafür, dass die herkunftsbedingte Ungleichheit kompensiert werde. Zwar verschwindet so die Armut nicht, aber sie wirkt sich vorgeblich nicht auf die Lebenschancen der Menschen aus, weil diese nun einem fairen und gleichen Treatment unterworfen seien.

Nun ist dem zunächst gar nicht so viel entgegen zu setzen, bestünde nicht das Problem, dass schon der Erfolg selbst in vermeintlich objektivierten Tests offensichtlich von Faktoren abhängt, die mit sozialer Herkunft zu tun haben. Man kann es drehen und wenden, wie man will, der Konnex zwischen sozialer Herkunft und Testergebnis lässt sich im Bildungssystem kaum und nur vereinzelt aufbrechen. Abgesehen davon, dass Bildung nicht auf Kognition allein reduziert werden kann, dass aber in allen anderen Dimensionen, beginnend bei der Motorik – früher hatte man gesagt: bei der Repräsentation des Leibes - bis hin zu den

Affekten und Emotionen sowie der ästhetischen Wahrnehmung der Welt mit sehr viel mehr Komplexität gerechnet werden muss, bleibt das ganze simple Spiel bestehen: wir kommen aus der Armutsfalle nicht wirklich heraus, etabliert wird aber ein Scheinversprechen, dem vor allem die längst objektivierten Subjekte genügen müssen.

Dabei ist Bildung eine ambivalente Angelegenheit, zumindest dann, wenn sie auf das reduziert wird, was Schulen zugänglich machen. Letztlich werden Menschen dann wieder auf ihren Status verwiesen, der ihnen nun als fehlende kognitive Kompetenz attestiert wird. Wer den berühmten-berühmten Kompetenzstufen Null und Eins angehört, wird eben doch wieder ausgesondert. Ganz abgesehen davon, dass ihm sofort die Zugehörigkeit zur Unterschicht attestiert wird, fehlen in der Praxis weitgehend die versprochenen Fördermaßnahmen; sie wären nur zu verwirklichen, wenn mehr Personal eingestellt werden würde.

Schlimmer noch: Die Armutsfalle verhärtet sich sogar, weil angesichts einer Ausweitung formaler Zertifikate nun wiederum die eher informell und non-formal erworbenen Kompetenzen sowie die verfügbaren sozialen und kulturellen Netzwerke über den Erfolg schon im Bildungssystem, dann erst recht im Leben entscheiden; es sind die Kinder mit den besser verdienenden Eltern, die dann selbst noch das Engagement für zusätzliche Leistungen im non-formalen und informellen Feld bringen, die dann wiederum positiv bewertet werden. Wichtig wird nun nämlich erst recht das soziale und kulturelle Kapital, das einem Menschen zur Verfügung steht, das aber in enger Beziehung zu den materiellen Ressourcen aufgebaut wird. Hinzu kommt, dass gegenwärtig alles darauf hinweist, dass die Versprechungen schlicht verlogen sind, nach welchen der Bildungserfolg auch Sicherheit im Leben gewährt. Das war vorübergehend vielleicht der Fall, solange noch genügend underachiever die Welt bevölkert haben. Nun aber rücken die gut ausgebildeten Menschen alle in das ein, was als *global auction* bezeichnet wird.

Wieder ist festzuhalten: mit der Ausrichtung auf Bildung ist die Armut aus dem Bewusstsein verschwunden; sie ist nur noch so weit präsent, als Armut dann Ergebnis fehlender Bildung sei, damit aber als Ergebnis mangelnder Anstrengung entweder der Eltern oder der Kinder selbst. Und die Soziale Arbeit? Sie spielt dieses ziemlich dreckige Spiel mit, indem sie sich selbst einem Programm verschrieben hat, das im Falle der Kinder mit der Formel Bildung und Betreuung codiert wird. Im Grunde hat sie sich damit selbst aufgegeben und dem Schulsystem untergeordnet, wo sie dann die Rolle des Hilfspersonals spielt, wenn die Kinder

an dem scheitern, was die Schule betreiben muss, nämlich an der Selektion. Dass die wieder an der Armutslinie entlang erfolgt, spielt dabei keine Rolle, denn im gerechten Schulsystem zählt ja nur die individuelle Leistung. Sie wurde halt nicht gebracht. Dass die Kinder- und Jugendhilfe dann noch für sich selbst die *Betreuung* als ihre besondere Qualität entdeckt, hat schon wieder Züge der Perversion; immerhin gibt sie damit schlicht den Anspruch auf, Menschen wenigstens als Subjekte mit Autonomie wahrnehmen zu wollen; betreut wird nämlich, wer entmündigt worden ist. Soziale Arbeit hat also nicht nur vergessen, ihren Ansatzpunkt bei der Armut zu suchen, sondern will auch nichts mehr mit Mündigkeit, mit Emanzipation zu tun haben. Das passt nicht in das Schema der Funktionalität.

4.

Was wäre aber zu tun? Ich will gar nicht das Wort Inklusion aufgreifen, das mir von den Veranstaltern der Armutskonferenz sozusagen ins Ankündigungsnest gelegt worden ist, vermutlich ein bisserl in Unkenntnis davon, dass ich der Inklusionsdebatte eher kritisch, zumindest aber skeptisch gegenüber stehe, wie immer, wenn allzumal von der Politik große Worte geprägt werden, um die Erfahrungswelt dann aus dem Blick zu verlieren. Manche gut gemeinte Idee wird zur Ideologie dann, wenn ihr nicht die zuweilen banalen Einsichten und Praktiken folgen, die der Idee Realität verschaffen könnten. Und die Einsichten und Praktiken sind ja wirklich banal, die nötig sind, um der Kinderarmut entgegen zu treten.

- Zum einen geht es schlicht und einfach um Geld; um Geld und um nichts anderes. Kinder und Familien benötigen ein gesichertes und unbedingtes Grundeinkommen, über das sie frei verfügen dürfen und können. Dieses Geld muss als Rechtsanspruch gesichert sind, es geht nicht um Almosen, sondern schlicht und einfach um klar definierte und zu definierende Sicherheiten, die eine Gesellschaft all jenen garantiert, die in ihr leben – notabene: *garantiert* und nicht bloß zufällig und willkürlich gewährt, ohne langwierige Vorgänge der Selbstpreisgabe. Es sollte sich schon jeder einmal überlegen, was da passiert, wenn man Notstand oder *Hartz IV* in Deutschland beantragt. Das Verfahren ist schlicht skandalös, hat einiges mit Inquisition zu tun und ganz wenig nur mit dem, was ein demokratischer Staat seinen Bürgern antun darf. Der Staat muss nämlich den Bürgern vertrauen – juristisch bezeichnet man das als bona-fide-Prinzip, die Bürger sollten hingegen über den Staat wachen.

- Zum anderen muss wohl eine andere, auf Armut bezogene Sozialpolitik und Sozialarbeit sich neu über Familien und deren Leistungen verständigen. Gegenwärtig beobachten wir jedoch ein massives Familienbashing, Familien gelten als riskant, ihnen wird nicht zugetraut, dass sie für ein gutes Aufwachsen von Kindern sorgen. Hinzu kommt, dass Familien als überholtes Lebensmodell gelten, das im Grunde zu einer Entindividualisierung führt, die als Verlust von Selbständigkeit interpretiert wird. Man muss hinzufügen: als Verlust einer Selbständigkeit, weil und indem man und nun: Frau das Leben als Arbeitskraft auf dem kapitalistisch geregelten Arbeitsmarkt veräußert, dabei die Risiken einer innerfamiliär gegebenen Abhängigkeit zu Gunsten einer Abhängigkeit von Unternehmen preisgibt. Etwas boshaft sei die Logik formuliert: Frauen sollen nicht mehr dem Familienvater unterworfen sein, sondern sich von der Gnade des Betriebspatriarchen abhängig machen, der sie schlicht und einfach entlassen kann – was im familiären Zusammenhang immerhin nicht so leicht möglich ist. Manches, was als fortschrittliche Position erscheint – der schon genannte Ulrich Beck lobte die endgültiger Überwindung ständischer Verhältnisse – erweist sich unterm Strich als eine weitere Form der ursprünglichen Akkumulation, mit der Menschen dem Kapital unterworfen wurden. Als Perspektive und neue Lebensform wird sozusagen die Partnerschaft als Zeugungszusammenhang gesehen – so bemerkenswerterweise die evangelische Kirche in Deutschland -, der dann schnell die Ablieferung der Kinder in Einrichtungen der Bildung und Betreuung nachfolgen soll, während beide Eltern dem Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung stehen, wie die Unternehmer nicht müde werden zu fordern.

Nun ist die Sache zweifellos ziemlich kompliziert. Dennoch müssen ein paar Dinge richtig gestellt werden – wobei gar nicht über die (mittlerweile verdrängten) Befunde gesprochen werden soll, nach welchen zumindest für junge Menschen der familiäre Zusammenhang oberste Priorität hat. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Familien sind und bleiben der Ort, an dem Kinder die entscheidenden Lebenskompetenzen erwerben – übrigens ganz besonders den Zugang zu Sprache und Schrift, sowie die elementaren sozialen und kulturellen Verhaltensweisen, die mit Altruismus zu tun haben – und Altruismus ist sozusagen die Lebensversicherung für jede Form des Zusammenlebens. Dass in Deutschland eben wieder eine Riesendebatte losbricht, nach der gefälligst die Eltern erst einmal erzogen werden sollen, weil sie vorgeblich ihrem Nachwuchs das für Schule nötige Verhalten nicht beibringen, hat angesichts einer inzwischen schon fast neunzigprozentigen Betreuungsquote

im Elementarbereich einen etwas irritierenden Beigeschmack. Funktioniert die „Bildung“ im Elementarbereich vielleicht doch nicht so richtig? Zudem könnte bei der Aussage, die ständischen Verhältnisse seien endlich überwunden, möglicherweise ein Kategorienfehler passiert sein; es könnte nämlich die soziale Praxis der wechselseitigen Sorge als elementarer Schutzmechanismus von Menschen mit sozialstrukturellen Mechanismen verwechselt worden sein. Soziologen nehmen es oft nicht so ganz genau, wenn es um anthropologische Sachverhalte geht. Endlich müssen wir ein ziemlich banales Faktum zur Kenntnis nehmen, nämlich eine Rekonstitution eher traditioneller Familienmodelle durch die Zuwanderungsfamilien; mehr als fünfzig Prozent der Minderjährigen in Deutschland entstammen solchen Familien, die zumindest gegenwärtig noch nicht so viel für die Modernisierung der privaten Lebensverhältnisse übrig haben, vor allem bei Flüchtlingsfamilien aus guten Grund versuchen, den Familienverband so eng wie möglich zu führen.

Warum erzähle ich das? Nun weil es erneut auf einen banalen Sachverhalt hinausläuft. Er lautet wieder: *Geld*. Familien sind hinreichend materiell auszustatten, so dass ihnen eine selbständige Lebensführung möglich ist, so dass sie selbst darüber entscheiden können, wie sie die Sorge füreinander und um einander praktizieren – nur nebenbei: wenn es um die Versorgung der alten Menschen geht, wird den Familien nicht hineingeredet, sie werden dabei aber auch kaum unterstützt. Alle Versuche jedenfalls, mit Konditionen Familien zu bestimmten Verhaltensweisen zu zwingen, sind schlicht zurückzuweisen. Ihr Einkommen, dann auch ihre Gesundheitsversorgung sind zu garantieren – mehr nicht, aber auch nicht weniger, vor allem aber muss diese unsinnige Gerede über die vorgeblichen Risiken aufhören, die mit Familien verbunden seien. (Übrigens auch, um den Familien zu helfen, die nun tatsächlich Schwierigkeiten haben, Familie zu leben, aus welchen Gründen auch immer.)

- Ein dritter Punkt bringt nun doch Inklusion ins Spiel, obwohl dieser Begriff eher dubios ist. Normativ, als große Idee wäre er gerne aufzunehmen, konsequent und mit Blick auf die Realität der Inklusion analysiert, meint der Ausdruck indes ziemlich schlicht, dass Menschen in ein schlechtes System hineingezwungen werden, in den Schulen, die mit dem Instrument einer auf Testleistung reduzierten Bildung operieren, leider auch in der Sozialen Arbeit, die Risiken mindern will und die Menschen vergisst. Sie sollen funktional für den Arbeitsmarkt abgerichtet und an den Standards ausgerichtet werden, die auf dem Arbeitsmarkt gelten.

Das fällt nun an der Entwicklung der letzten Jahre besonders auf, die einen Verlust des Grundmotivs von Inklusion belegt, nämlich der Vorstellung von Teilhabe und Mitwirkung, von Partizipation. Erstaunlicherweise noch im Zusammenspiel mit Übergriffigkeit und Gewalt in pädagogischen Einrichtungen belegt die Forschung, dass und wie die Mitwirkungsmöglichkeiten zurück genommen werden, die mit Kindern und jungen Menschen und für sie buchstäblich erkämpft wurden – in Auseinandersetzungen, die eigentlich das ganze 20. Jahrhundert bestimmt haben. Partizipation verschwindet, wer genau hin sieht: in allen Institutionen – weshalb der Wert institutioneller Arrangements skeptisch beurteilt werden muss. Institutionen tendieren zum Totalitarismus. Bekämpfung von Armut ist dann immer eine Frage des Geldes. Aber das reicht nicht hin, wenn nicht gleichzeitig schon für Kinder Lebensverhältnisse geschaffen werden, in welchen sie als vollwertige Menschen gelten. Lebensverhältnisse, in welchen beides gegeben ist, nämlich *zum einen*, dass Kinder als Menschen in Würde geachtet werden und an allen Entscheidungen mitwirken können, die sie betreffen, nein: mehr als das: in der menschlichen Lebenspraxis ohne Wenn und Aber eingebunden sind. Noch einmal sei an Korczak erinnert, der auf ganz radikale, schmerzhaft Weise die Kinderrechte einfordert, nicht bloß als juristisch entscheidende, sondern als solche, die den Status in der Gesellschaft bestimmen. Lebensverhältnisse *zum anderen*, in welchen sie auch die Chance gewinnen, etwas lernen zu können, mit dem sie ihre Subjektivität, ihren Status auch realisieren können; Pädagogik, Erziehung in einem guten Sinne des Ausdrucks tut hier Not, die Professionellen sind hier durchaus verpflichtet. Der eben genannte Korczak hat übrigens in diesem Zusammenhang einen Begriff der *positiven Freiheit* eingebracht – der übrigens heute im capability approach eine wichtige Rolle spielt.

Pädagogik tut Not. Zwei wilde Thesen sollen dann doch noch am Ende aufgenommen und verfolgt werden, die – das weiß ich – missverständlich klingen oder zumindest provozieren. Sicherheitshalber erinnere ich an ihre Prämissen. Die eine ist schon angeklungen: Was auch immer über Armut zu sagen ist, es geht um Geld, es geht um materielle Sicherheit, um ein auskömmliches Leben – und zwar ohne Wenn und Aber: Die zweite Prämisse ist eine persönliche, nämlich die, dass man als Sozialpädagoge sich jenseits der sozialpolitischen Fragen noch solchen stellen muss, die das eigentliche Geschäft angehen. Das sind Fragen, die mit der Achtung für Menschen zu tun haben, die mit der Anerkennung ihrer Lebensform verbunden sind; dem Dilemma entkommen wir nicht, dass Geldzuwendungen immer doch

eine Spur von Diskriminierung zumindest dann bergen, wenn sie – wie auch immer – Sondersituationen behaupten, die mit dem Status des Defizitären oder des Unnormalen einhergehen. Wann immer wir von einer „Losigkeit“, von der Arbeits- oder Erwerbslosigkeit, von der Wohnungslosigkeit oder einem Fall reden, also dem Krankheitsfall, enthält dies schon ein kleines Moment von Verdachtshermeneutik: Was hat das Subjekt zu dieser Situation selbst beigetragen? Dieses Moment ist töricht, angesichts der Grausamkeit des marktradikalen Kapitalismus, aber es darf paradoxerweise nicht aus dem Blick verloren werden, weil andernfalls den Menschen die Subjektivität erst recht abgesprochen wird; ihnen wird etwas angetan, aber sie allein als Opfer zu verstehen, nimmt ihnen noch die Spuren von Würde, die sie selbst behaupten möchten.

Die eine These lautet also: Sozialpolitik hat strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen, in welchen Armut unwahrscheinlich wird; sie hat dabei menschenwürdige Verhältnisse und Rahmenbedingungen ohne irgendeinen Vorbehalt zu gestalten, der auf individuelle Leistungsbereitschaft oder Leistungsfähigkeit verweist. Bei all diesen Vorbehalten spielen Ressentiments eine Rolle, die Behauptung, Menschen würden gar nicht arbeiten wollen und bloß faul rumliegen, um den Notstand zu kassieren, sind schlicht und einfach Unfug. Mal abgesehen davon, dass man sich über den Sinn abhängiger Lohnarbeit ohnedies Gedanken machen kann, gibt es keinerlei Nachweis dafür, dass vor allem Eltern nicht für ein gutes Aufwachsen ihrer Kinder sorgen wollen – und daher Armut vermeiden wollen, es sei denn die Lebenslage macht erforderlich, mit geringem Einkommen zu leben. Die Lebenslage – das bedeutet, wie die Bremer Sozialhilfestudie gezeigt hat, dass Mütter auf Einkommen verzichten, um ihre Kinder zu betreuen, das kann auch bedeuten, dass Erkrankung der Kinder auf Arbeit und Einkommen verzichten lässt, sofern diese nicht wiederum wichtig für die medizinische Versorgung sind.

Jedenfalls: Für soziale Arbeit und vor allem für Sozialpädagogik muss der individuelle Fall in den Mittelpunkt rücken. Es gibt sehr unterschiedliche Formen des subjektiven Umgangs mit Armut, die zu beachten wichtig wird, wenn Lebensweisen, wenn die Subjektivität der Menschen und ihr eigener Handlungssinn nicht diskreditiert und diskriminiert werden soll. Sowohl die gegenwärtige zu beobachtende Ignoranz von Armut wie aber auch Teile der Armutspolitik gehen auf eine erschreckende Weise mit Missachtung, Entzug von

Anerkennung und Entwürdigung einher. Sozialpädagogik darf hier nicht zum Mittäter werden.

Daran schließt eine zweite, wilde These an – die wahrscheinlich bei den Praktikerinnen gar nicht auf Widerstand stößt: In der sozialpädagogischen Arbeit mit Menschen, die von Armut betroffen sind, vor allem in der mit Kindern und Jugendlichen, die in Armutsverhältnissen aufwachsen, taugen die heute üblich gewordenen, sogenannten Bildungsstrategien nicht wirklich. Es scheint wichtiger und hilfreicher, an dem zu arbeiten, was als kulturelles Kapital bezeichnet wird, mithin an Fähigkeiten und Fertigkeiten, sich gut in einer Gesellschaft zu präsentieren, die Interaktions- und Kommunikationsformen zu beherrschen. Es geht um ein Wissen und ein Können, das hilft, die eigene Situation besser zu verstehen und zu beherrschen, auch zu kontrollieren, indem man sein Leben in einer Form organisiert, die nicht diskriminiert werden kann. Das sind zum guten Teil Alltagstechniken, das sind Normalformen des Lebens, die freilich auch die eigene leibliche Darstellung berühren. Diese Idee ist nicht wirklich originell, sie steht hinter dem skandalumwitterten Satz von Pestalozzi, nach dem zur Armut erzogen werden müsse, sie findet sich übrigens bei dem sicher weniger kritisierten Janusz Korczak. Bemerkenswert ist nur, dass beide das Wörtchen *Bildung* vermieden haben, sondern von *Erziehung* gesprochen haben – und nicht nur das: beide haben *Erziehung als eine Praxis* verstanden, *die Menschen Freiheit ermöglicht und verschafft, übrigens immer: nach der Beseitigung der Armut.*

Verf.: Prof. Dr. Michael Winkler, Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik und Theorie der Sozialpädagogik. Institut für Bildung und Kultur, Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Michael.Winkler@uni-jena.de